










IG Metall ¹	CDU/CSU	SPD	Grüne	Linke	FDP	AfD
<p>Ein soziales Fortschrittsprotokoll muss den sozialen Grundrechten in Europa Verfassungsrang verleihen. Die europäische Säule sozialer Rechte kann langfristig zu einem sozialen Fortschrittsprotokoll ausgebaut werden.</p>	<p>Keine direkte Aussage dazu. Bekenntnis zu „gerechten und lebenswerten Arbeitsbedingungen“. „Unser Europa der sozialen Sicherheit konzentriert sich auf Grundstandards bei Arbeitnehmerrechten sowie Gesundheits-, Umwelt und Verbraucherschutzstandards. Gleichwohl bleiben Mitgliedsstaaten für die sozialen Sicherungssysteme, Regulierungen zum Mindestlohn oder der Altersvorsorge selbst verantwortlich. Europäische Regelungen dürfen nationale Schutzstandards, Mitbestimmungsrechte und Sicherungssysteme nicht aufheben, aushebeln oder unterlaufen.“</p>	<p>„Die praktische Geltung der sozialen Grundrechte hat in Europa nicht Schritt gehalten mit der gelungenen wirtschaftlichen Integration. Um dieses Ungleichgewicht auszugleichen, treten wir für eine neue Balance zwischen wirtschaftlichen Freiheiten und sozialen Rechten ein. Erst wenn die sozialen Rechte den Grundfreiheiten der EU gleichstehen, können europäische Gesetze nicht mehr zu Sozialabbau und Einschränkung der Mitbestimmung führen.“ „Die 2017 proklamierte Europäische Säule der sozialen Grundrechte wird mit einer verbindlichen europäischen Sozialagenda umgesetzt und mit Leben erfüllt. Die Rechtsverbindlichkeit der sozialen Rechte muss sichergestellt werden.“</p>	<p>„Wir fordern außerdem, dass das EU-Recht den sozialen Rechten und den Arbeitnehmer*innenrechten mindestens den gleichen Stellenwert einräumt wie den wirtschaftlichen Freiheiten des Binnenmarkts wie beispielsweise der Dienstleistungsfreiheit. Damit der Europäische Gerichtshof bei Entscheidungen zum Binnenmarkt Arbeitnehmerrechte nicht den wirtschaftlichen Freiheiten unterordnet, müssen die entsprechenden Gesetze angepasst werden.“ „Die in der Europäischen Grundrechtecharta verankerten sozialen Rechte müssen als Grundrechte aller EU-Bürger*innen gegenüber den Mitgliedsstaaten vor dem Europäischen Gerichtshof einklagbar sein.“</p>	<p>„Die Rechte, die sich aus der EU-Grundrechte-Charta ergeben, müssen grundsätzlich über den Binnenmarkt-Freiheiten stehen.“ „Wir wollen sowohl die Arbeits- und Sozialverfassungen der Mitgliedstaaten als auch die öffentliche Daseinsvorsorge vor dem Liberalisierungsdruck der EU-Wirtschaftsintegration schützen. Es muss per Vertragsänderung ausgeschlossen werden, dass über die Anwendung der Grundfreiheiten, des Wettbewerbsrechts oder makroökonomischer Korrekturverfahren – sofern diese sanktionsbewehrt sind – soziale Rechte oder Arbeitnehmerrechte wie das Streikrecht eingeschränkt werden.“</p>	<p>„Wir Freie Demokraten unterstützen einige wichtige Forderungen in der Erklärung zur Europäischen Säule sozialer Rechte. Dazu gehören das Recht auf Bildung, das Recht auf Unterstützung bei der Rückkehr in Beschäftigung, der Grundsatz der Nicht-Diskriminierung, die Betonung der Tarifautonomie und die Achtung der nationalen wirtschaftlichen Bedingungen bei der Festlegung von Mindestlöhnen. Die sozialen Rechte definieren Mindeststandards, die alle Mitgliedstaaten national für ihre Bürgerinnen und Bürger erreichen sollen.“</p>	








¹ Die vorliegende Synopse gleicht zentrale Aussagen der Parteien CDU/CSU, SPD, Grüne, Linke, FDP und AfD mit europapolitischen Positionen der IG Metall ab, in erster Linie auf Grundlage des europapolitischen Positionspapiers „Für ein Europa mit Zukunft“. Der Schwerpunkt liegt auf Themen, die für die IG Metall von spezifischem Interesse sind. Der DGB hat eine Synopse erstellt, die im Umfang über die vorliegende hinausgeht und ein größeres und allgemeinpolitischeres Spektrum abdeckt.

						
<p>Vereinbarkeitsrichtlinie² Verabschiedung der sog. Vereinbarungrichtlinie („Work-Life Balance Directive“)</p>	<p>Lediglich allgemeine Aussage: „Wir wollen insbesondere dazu beitragen, dass Männer und Frauen Familie und Beruf besser vereinbaren können.“</p>	<p>„Konsequente Umsetzung der EU-Richtlinie zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf.“</p>	<p>„Mit einer starken Vereinbarungrichtlinie kann Europa Familien unterstützen [...] um Familien zu entlasten und einen ausgewogenen Mix aus Erwerbs- und Familienarbeit sowie Freizeit und ehrenamtlichem Engagement zu ermöglichen.“</p>			
<p>Plattformökonomie Auch die Regulierung der Folgen einer digitalen Arbeitswelt ist auf europäischer Ebene möglich – zum Beispiel durch eine Richtlinie zum Schutz Beschäftigter in der Plattformökonomie.</p>	<p>Lediglich Bekenntnis zur Bedeutung von Digitalplattformen. Mit Blick auf Arbeitnehmer heißt es: „Wir treten weiterhin für Mindeststandards beim Arbeiterschutz in ganz Europa ein, die auch den Erfordernissen der digitalen Arbeitswelt entsprechen.“</p>	<p>„Eine EU-Richtlinie zum Schutz von Beschäftigten auf Online-Plattformen, um faire Lohn- und Arbeitsbedingungen in der digitalen Arbeitswelt sicherzustellen.“</p>	<p>„Die digitale Arbeitswelt birgt aber auch Fallen: Unfreiwillige Mehrarbeit, dauernde Verfügbarkeit, Arbeitsverdichtung und ständige digitale Leistungskontrolle werden einfacher. Es braucht daher einen guten Arbeitsschutz für Beschäftigte und Selbstständige – sowohl gesetzlich wie tariflich. Dienstleistungsplattformen müssen sich ihrer Verantwortung bei den Arbeitsbedingungen, der Mitbestimmung und der Entlohnung stellen.“</p>	<p>„Für Plattformen, Arbeit in der Cloud oder Crowd und für alle anderen neuen Formen von Betrieben müssen die gleichen Arbeitsstandards und Schutzrechte wie in herkömmlichen Betrieben gelten. Dazu muss ein EU-Rahmen zum Thema Crowdfunding geschaffen werden, damit Mindestlöhne, Arbeitszeitregulierung, Sozialversicherung, Rentenversicherung, Besteuerung etc. weder ausgehöhlt noch umgangen werden können.“ „Auch digital gute Arbeit: Wir brauchen Regulierung von Plattformarbeit, die der digitalen Prekarität etwas entgegengesetzt.“</p>		








² DGB Synopse zur Europawahl








						
<p>EU-Gleichstellungspolitik³ spezifische Maßnahmen zur Förderung von Frauen in allen Lebensbereichen der Gesellschaft, um bestehenden Benachteiligungen entgegenzuwirken. Dazu gehören qualitative und quantitative Maßnahmen zur Förderung von Frauenerwerbstätigkeit und zur Stärkung der eigenständigen Existenzsicherung von Frauen. Umsetzung des präventiven Gender Mainstreaming-Prinzips in der europäischen Politik, um Ungleichbehandlungen von Frauen und Männern von vornherein in allen Bereichen zu verhindern. eigenständiges Strategiepapier zur Geschlechtergerechtigkeit als wichtigem Referenzrahmen für die Gleichstellungspolitik der EU-Mitgliedstaaten, das Ziele und Umsetzungsmaßnahmen mit den erforderlichen Kontrollmechanismen und Rechenschaftspflichten fest schreibt.</p>	<p>„In unserem Europa setzen wir auf die Kraft der Sozialen Marktwirtschaft. Sie fördert die Kreativität, Eigenverantwortung und Freiheit jedes Einzelnen, des Arbeitnehmers wie des Unternehmers. Die Gleichberechtigung von Frauen und Männern ist uns dabei ein besonderes Anliegen.“ „Dem Selbstbestimmungsrecht von Frauen und Mädchen wollen wir besondere Aufmerksamkeit widmen. Denn eine konsequente Gleichstellungspolitik gehört zu unserem europäischen Verständnis.“</p>	<p>„Gemeinsam können wir dafür sorgen, dass es keine Rolle rückwärts gibt und es mit der Gleichstellungspolitik weiter vorwärts geht. Hierfür muss Gleichstellung wieder eine strategische Priorität in Europa werden. Daher fordern wir eine Fortsetzung der 2015 ausgelaufenen Gleichstellungsstrategie. [...] Durch etablierte und formelle Strukturen kann die Gleichstellungspolitik europaweit ins Zentrum geholt werden.“</p>	<p>„Das bedeutet, alle politischen Maßnahmen werden auf ihre Auswirkungen auf die Gleichstellung der Geschlechter überprüft.“ „[...] Deshalb treten wir für eine Frauenquote in Aufsichtsräten und Vorständen ein, die den Frauenanteil in Macht- und Führungspositionen so lange erhöht, bis die Parität erreicht ist. Wir wollen gleichzeitig auch dafür sorgen, dass die Führungsgremien der EU-Institutionen verpflichtend paritätisch besetzt werden“</p>	<p>„Wir setzen uns dafür ein, dass alle Frauen in der EU sozial abgesichert werden. Nur so ist ein selbstbestimmtes Leben möglich.“ „Wir wollen europaweit die Lohndiskriminierung von Frauen überwinden. Überall in Europa muss gelten: gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit.“ „Deswegen wollen wir Gender Mainstreaming konsequent umsetzen“ „Wir unterstützen den Kampf für gleiche Rechte, sexuelle Selbstbestimmung, gegen Sexismus – und für soziale Gleichheit.“</p>	<p>„Wir Freie Demokraten, wollen, dass Frauenrechte europaweit gefördert und durchgesetzt werden. Um die Ausgangslage auch in Zukunft zu dokumentieren und die Entwicklungen besser überwachen zu können, soll neben der Fortführung auch die thematische Erweiterung des jährlichen Berichts der EU-Kommission zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Europäischen Union (EU) beschlossen werden. Somit soll der Bericht zukünftig auch die Lage der Frauenrechte in der EU und den Aspekt der strukturellen Gewalt gegen Frauen, unter anderem auch in der Politik (beispielsweise beim Zugang zu Listenaufstellungen bei Wahlen, politischen Ämtern etc.), erörtern. Zugleich fordern wir die Einsetzung einer beim Europäischen Parlament angesiedelten, unabhängigen Europäischen Beauftragten für Frauenrechte.“ „Um Diskriminierung von Frauen im öffentlichen und</p>	<p>„Wir fordern auf europäischer Ebene eine Streichung der bisher für die Genderforschung vorgesehenen Forschungsmitteln.“ „Kern der Gender-Ideologie ist die Leugnung von Unterschieden zwischen Mann und Frau...“ „Das sogenannte Gender-Budgeting...lehnen wir ab“ „Die EU ist nicht für Familienpolitik und Familien zuständig...“ „...fordert daher die Umwidmung europäischer Forschungsmittel für nationale Forschungsprojekte zu einem wirksamen Familienlasten- und -leistungsausgleich im Kontext der jeweiligen nationalen Steuer- und sozialen Sicherungssysteme.“</p>








³ DGB Synopse zur Europawahl








						
					<p>privaten Bereich zu verhindern, ist Rechtssetzung formal ausreichend. Die Einschränkung der selbstbestimmten Entfaltung von Frauen durch antiquierte Geschlechterbilder und überholte Rollenzuweisungen hingegen muss konkret in allen Lebensbereichen hinterfragt, reflektiert und diskutiert werden, um diese zu verändern“</p>	<p>„Abtreibung ist kein Menschenrecht wie das Lebensrecht und das Recht auf körperliche Unversehrtheit!“ „Wir fordern, dass nur hier auch arbeitende Ausländer Kindergeld erhalten und dies nur in Höhe der Sätze der Länder, in denen ihre Kinder tatsächlich leben.“</p>
<p>Mitbestimmung Die IG Metall tritt ein für eine umfassende Europäisierung der Mitbestimmung als Basis für die Interessenvertretung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auf allen Ebenen, an allen Standorten und zu allen Themen, die von grenzüberschreitender Relevanz sind. Vorliegende und zukünftige Vorschläge aus dem Bereich des Gesellschaftsrechts, die die Beschäftigten rechtlich oder praktisch im Unternehmen schwächen und einseitig die Kapitalseite bevorteilen, lehnen wir ab.</p>	<p>„Die Sozialpartnerschaft ist ein wesentlicher Grundpfeiler der Sozialen Marktwirtschaft in unserem Europa. Wir wollen diese Partnerschaft stärken und die Mitbestimmung in den Unternehmen sichern.“ „Europäische Regelungen dürfen nationale Schutzstandards, Mitbestimmungsrechte und Sicherungsniveaus nicht aufheben, aushebeln oder unterlaufen.“</p>	<p>„Maßnahmen gegen Mitbestimmungsfucht von Unternehmen: Für alle Unternehmen europäischen Rechts werden Mindeststandards zur Unternehmensmitbestimmung geschaffen. Das gilt besonders für die Europäische Aktiengesellschaft. Das gleiche gilt für die grenzüberschreitende Umwandlung, Verschmelzung oder Spaltung von Unternehmen mit unterschiedlichen nationalen Rechtsformen.“ „Die Rechte der Europäischen Betriebsräte werden gestärkt. Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen sollen mitbestimmungspflichtige Maßnahmen solange</p>	<p>„Betriebliche Mitbestimmung in ganz Europa sichern Die Freizügigkeit in Europa darf nicht dazu führen, dass Unternehmen dort ihren Firmensitz einrichten, wo die niedrigsten Standards in der Mitbestimmung von Arbeitnehmer*innen gelten. Deshalb wollen wir die europäischen Betriebsräte und ihre Mitbestimmungsrechte stärken und beispielsweise eine Parität von Arbeitnehmer*innen und Arbeitgeber*innen an Entscheidungen in allen Unternehmen mit mehr als 1.000 Angestellten über die Grenzen der Mitgliedstaaten hinweg</p>	<p>„In fast der Hälfte der EU-Mitgliedstaaten gibt es keine Mitbestimmung. Deshalb haben wir eine Initiative für mehr Mitbestimmung in den Unternehmen gestartet. Wir wollen, dass EU-weite Mindeststandards zur Beteiligung der Beschäftigten festgelegt werden. Schlupflöcher müssen geschlossen werden: Unternehmen dürfen sich nicht aus den deutschen Regeln der Mitbestimmung schleichen, indem sie den Unternehmenssitz in ein mitbestimmungsfreies Land verlegen oder eine europäische Aktiengesellschaft (SE) gründen.“</p>	<p>„Den parallel dazu bestehenden Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss wollen wir abschaffen, weil die Interessen der Sozialpartner bereits im Europäischen Parlament angemessen berücksichtigt werden können.“</p>	<p>Mitbestimmung und Gewerkschaften finden keine Erwähnung im Programm</p>








						
<p>Im Einklang mit industriAll fordert die IG Metall eine bessere Durchsetzung der bestehenden Rechte aus der EBR-Richtlinie. Um Mitwirkungsrechten Geltung zu verleihen, bedarf es rechtlich verbindlicher Verbesserungen der EBR-Richtlinie. Wir brauchen eine europäische Rahmenrichtlinie, die hohe Standards zu Unterrichtung und Anhörung sowie ehrgeizige Mindeststandards zur Unternehmensmitbestimmung setzt und mit einer Nichtregressionsklausel ausgestattet ist.</p>		<p>nicht durchführen dürfen, bis die vorgeschriebene Beteiligung der Interessenvertretung erfolgt ist.“ „Die Gründung von europäischen Jugend- und Auszubildendenvertretungen werden vorangebracht. In grenzüberschreitend tätigen Unternehmen sollen Beschäftigte unter 18 Jahren und Azubis besser ihre Rechte auf Information und Anhörung durch die Unternehmensleitung wahrnehmen können.“</p>	<p>nach dem Vorbild Sloweniens durchsetzen. Wir wollen starke europäische Gewerkschaften. Grünes Ziel ist darüber hinaus, dass die freie gewerkschaftliche Betätigung entsprechend den Kernarbeitsnormen der ILO in allen Unternehmen in Europa garantiert wird.“</p>	<p>„Wir wollen europäische Betriebsräte stärken. Die Beschäftigten müssen das Recht haben, Beschäftigtenvertretungen zu wählen, die im Aufsichtsrat sitzen. [...]“ „Unternehmen, die Profite machen, dürfen keine Massenentlassungen durchführen und Arbeitsplätze vernichten. Der Betriebsrat muss ein echtes Mitbestimmungsrecht erhalten.“ „Bei Standortverlagerungen haben die Gewerkschaften ein Veto-Recht.“</p>		
<p>Tarifbindung; Vergabe Träger einer solchen Lohnkoordinierung sind allerdings die Gewerkschaften allein, flankiert durch staatliches Handeln gegen prekäre Beschäftigung und für die Stärkung von Tarifautonomie und Tarifbindung.</p>	<p>„Die Sozialpartnerschaft ist ein wesentlicher Grundpfeiler der Sozialen Marktwirtschaft in unserem Europa. Wir wollen diese Partnerschaft stärken...“</p>	<p>„Die Tarifbindung wird dadurch gestärkt, dass Tarifrtrue künftig besonders positiv im Ausschreibungs- und Vergabeverfahren vorausgesetzt wird.“ „Wir wollen, dass soziale Sicherungssysteme EU-weit gestärkt und Löhne angehoben werden. Dafür muss die Tarifbindung ausgebaut und wieder zum Normalfall werden.“</p>	<p>„[das europäische] Ausschreibungs- und Vergaberecht fordert Transparenz, es stärkt nicht nur den Binnenmarkt. Das Verfahren hat sich seit der letzten Reform erheblich verbessert und ermöglicht inzwischen auch die Festlegung von sozialen, ökologischen und ethischen Kriterien.“ „Es braucht daher einen guten Arbeitsschutz für Beschäftigte und Selbstständige – sowohl gesetzlich wie tariflich.“</p>	<p>„Wir wollen die Mitgliedstaaten verpflichten, flächendeckende Tarifverträge statt Tariffucht zu fördern. Wenn die Tarifbindung abnimmt, müssen die Mitgliedstaaten Gegenmaßnahmen ergreifen. Wir wollen durchsetzen, dass Tarifverträge auf Antrag der Gewerkschaften für allgemeinverbindlich erklärt werden können. Damit wollen wir die Tarifbindung stärken und dazu beitragen, dass alle Beschäftigten durch flächendeckende</p>	<p>„Wir wollen die Koalitionsfreiheit der Sozialpartner wahren und sicherstellen, dass europäische Tarifverträge die nationalen nicht verdrängen, wenn ein nationaler Verband nicht zugestimmt hat.“</p>	<p>„Ausländische EU-Arbeitnehmer sind in den Mitgliedsstaaten, in denen sie Beschäftigung finden, genauso zu entlohnen und müssen den gleichen gesetzlichen Regelungen unterliegen wie inländische Arbeitnehmer. Nicht zuletzt wird so auch eine stärker qualifikationsbezogene Zuwanderung von Ar-</p>








						
				<p>und verbindliche Tarifverträge vor Lohndumping geschützt werden.“</p>		<p>beitskräften befördert. Die derzeitigen gesetzlichen Regelungen, wie beispielsweise das Entsendegesetz, sind weitgehend ausreichend. Allerdings verlangt die AfD wirkungsvolle Kontrollen zu ihrer Einhaltung. Der Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen mit niedrig entlohnten ausländischen Arbeitskräften in Deutschland führt zu Lohndumping und ist strikt zu unterbinden.“ „Importbeschränkungen der EU, insbesondere im nichttarifären Bereich, sind abzubauen. Exportsubventionen sind schrittweise zu streichen, um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden. Da nicht alle Branchen gleichermaßen vom Freihandel und der Globalisierung profitieren, sollen gege-</p>








						
<p>EFSI und InvestEU Statt spekulative Finanzanlagen zu fördern, muss die Investitionstätigkeit des privaten Sektors auf den ökologischen Um- und Aufbau ausgerichtet werden. Hierzu brauchen wir eine aktive staatliche Investitionspolitik, die gezielte Investitionen in Bildung, Qualifikation, Forschung und Entwicklung sowie in Infrastruktur anreizt.</p>	<p>„Struktur- und Investitionsfonds wollen wir zukünftig noch stärker auf Projekte ausrichten, die die Wettbewerbsfähigkeit steigern und Arbeitsplätze schaffen.“</p>	<p>„Ein gemeinsames Budget der Euro-Länder soll für mehr Investitionen sorgen, die erforderlichen Produktivitätssteigerungen und Anpassungen der Wettbewerbsfähigkeit befördern und die Stabilität der Eurozone sichern. Aus einem solchen parlamentarisch kontrollierten Eurozonenhaushalt sollen die Mittel auch und gerade in Schwächephase zur Stabilisierung zur Verfügung stehen.“</p>	<p>„Der Europäische Investitionsfonds (EFSI) für strategische Investitionen wurde vorübergehend zur Krisenbewältigung geschaffen. Wir wollen ihn dauerhaft fortführen, anstatt ihn, wie ursprünglich geplant, 2020 zu beenden. Allerdings muss er sich neu ausrichten. [...] Wir wollen, dass alle geforderten Investitionen zusätzlich sind und sich strikt an Klimaschutz, Ressourceneffizienz und Kreislaufwirtschaft ausrichten.“</p>	<p>„Schon 2014 wurde der Europäische Fonds Strategischer Investitionen (EFSI) auf den Weg gebracht. Das ist ein bankengestützter Garantiefonds für Investitionsvorhaben, und er fließt in EU-weite Großprojekte. Praktisch stellt er eine Privatisierung von Fördergeldern dar. DIE LINKE hat das von Beginn an kritisiert. [...]“</p>	<p>„Wir Freie Demokraten unterstützen nachdrücklich den zentralen Teil des „Investitionsplanes für Europa“, mit dem die Europäische Union eine verbesserte, zielgenauere Verwendung von EU-Haushaltsmitteln anstrebt.“ „[...] mit Schwerpunkten auf Infrastruktur, Forschung und Entwicklung von klimaschonenden Technologien sowie Innovationen kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU)“</p>	<p>benenfalls innereuropäische oder nationale Ausgleichsmaßnahmen ergriffen werden.“ „Das Ziel der EU, die Bildungspolitik zu zentralisieren und einer länderübergreifenden Kontrolle zu unterwerfen, lehnen wir entschieden ab</p>
<p>Steuerpolitik / Mindeststeuer für Unternehmen Die EU braucht eine gemeinsame Steuerpolitik, in der einige integrationswillige Länder vorangehen könnten. Eine einheitliche europäische Mindestbesteuerung, die von einer einheitlichen Bemessungsgrundlage ausgeht und über Korridore Raum für unterschiedliche Ausgangsbedingungen in den einzelnen Ländern gibt, kann einem Wettlauf um</p>	<p>„Es kann nicht sein, dass sich globale Konzerne durch geschickte Strategien um Steuerzahlungen drücken. Wir brauchen eine faire Besteuerung der digitalen Wirtschaft. Alle Unternehmen sollen Steuern zahlen. Dabei setzen wir uns in der EU und international weiterhin für abgestimmte Lösungen auf Basis einer virtuellen Betriebsstätte ein. Auch brauchen wir eine gemeinsame</p>	<p>„Die unterschiedlichen Körperschaftssteuern werden angeglichen.“ „In Europa soll eine gemeinsame konsolidierte Bemessungsgrundlage für die Erhebung der Körperschaftsteuer bei den Unternehmen eingeführt werden.“ „Mindeststeuersätze werden eingeführt.“</p>	<p>„Wer GRÜN wählt, stimmt für [...] eine gemeinsame europäische Unternehmensbesteuerung“ „Wir brauchen in einem ersten Schritt eine europaweit einheitliche konsolidierte Bemessungsgrundlage für die Besteuerung von Unternehmen und im zweiten Schritt eine einheitliche europäische Unternehmenssteuer, inklusive fairer Mindeststeuersätze, die für alle Unternehmen gleichermaßen</p>	<p>„DIE LINKE fordert einen EU-weiten Mindeststeuersatz für Unternehmen mit breiten und einheitlichen Bemessungsgrundlagen.“ „Um Steuertricks von Konzernen – wie die konzerninterne Verschiebung von Gewinnen und Verlusten – zu unterbinden müssen die Steuern gegebenenfalls direkt »an der Quelle« erhoben werden.“</p>	<p>„Die Europäische Union (EU) muss weiterhin konsequent gegen die Verlagerung von Gewinnen in Staaten vorgehen, die in Steuerfragen nicht kooperativ sind. Neben einem funktionierenden Informationsaustausch der Finanzverwaltungen innerhalb der EU ist es auch erforderlich, Verrechnungspreise und Lizenzgebühren innerhalb von Konzernen steuerlich korrekt zu ermitteln.“</p>	<p>„Steuern, insbesondere solche, die ausschließlich zur Finanzierung des EU-Haushalts dienen, lehnen wir ab.“ „Die EU darf niemals Steuern erheben dürfen.“</p>








						
<p>niedrigere Unternehmenssteuern entgegenwirken.</p>	<p>Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage, damit Unternehmen in Europa möglichst nach gleichen Regeln besteuert werden. Dabei müssen die Besonderheiten der deutschen Unternehmenslandschaft und –besteuerung angemessen berücksichtigt werden, um Wettbewerbsnachteile deutscher Unternehmen zu vermeiden.“</p>		<p>gilt.“</p>		<p>„Wir Freie Demokraten stehen für Vielfalt der Steuersätze innerhalb der Europäischen Union.“</p>	
<p>Transformation Digitalisierung und die Veränderung von Wertschöpfungsketten, die Klima- und Umweltregulierung, die Druck auf die Beschäftigten in energieintensiven Industrien ausüben sowie die Globalisierung und der demographische Wandel sind Megatrends, die eine tiefgehende Transformation der Arbeits- und Lebenswelt bewirken. Neben Deregulierung fördern Globalisierung, Digitalisierung und Transformation Ängste. Ein Europa, das schützt, sichert Menschen gegen die Risiken dieser Megatrends ab. Auch die EU kann Entscheidungen treffen, diese</p>	<p>„Unser Europa setzt auf intelligenten technischen Fortschritt. Unser Ziel ist ein qualitatives, ressourcenschonendes Wachstum. Wir verbinden Ökonomie und Ökologie, um für zukünftige Generationen eine intakte Umwelt und gute Lebensqualität zu sichern. Das bietet echte Lebenschancen und schafft Zukunftsjobs. ... Unser Europa setzt daher auf ein Industriekonzept mit stimmigem ökologischem Ansatz. Hierfür stehen beispielhaft funktionierende Wertstoffkreisläufe.“ „Wir wollen den Wandel hin zur digitalen Gesellschaft aktiv zum Wohle der Bürger und unserer Unternehmen gestalten. Wir wollen,</p>	<p>„Wirtschaftszweige, in denen die Beschäftigten, Unternehmen und ganze Regionen vor einem tiefgreifenden Strukturwandel stehen, müssen europaweit gezielt durch industrie- und sozialpolitische Investitionen unterstützt werden. Ein Transformationsfonds soll strategische Investitionen zur Dekarbonisierung industrieller Wertschöpfungsketten forcieren, hochwertige Beschäftigung sichern und neue wirtschaftliche Chancen ermöglichen.“ „Wir wollen ein neues zukunftsfähiges Leitbild für die Schlüsselbranche Automobilindustrie entwickeln.[...]“</p>	<p>„Sozial- und wirtschaftspolitische Maßnahmen müssen mit der ökologischen Modernisierung der Industriegesellschaft verbunden werden. Unser Konzept des Green New Deal wollen wir dafür weiterentwickeln, mit einem eigenen Haushalt für den Euro, der stabilisiert und investiert. Neue Investitionen zum Beispiel in Klimaschutz, öffentliche Daseinsvorsorge und Bildung schaffen Arbeitsplätze und wirtschaftliche Perspektive für viele Menschen in Europa.“</p>	<p>„Technologisch wäre ein sozialer und ökologischer Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft längst möglich. Auch das Geld für die Investitionen ist da. Wir müssen jetzt dafür sorgen, dass der Wandel nicht an Profit- und Eigentumsinteressen scheitert. [...]“ „Dieser Umbau muss mit und nicht gegen die Bevölkerung und die Beschäftigten in den Regionen erfolgen [...]“</p>		<p>„Wir bezweifeln aus guten Gründen, dass der Mensch den jüngsten Klimawandel, insbesondere die gegenwärtige Erwärmung, maßgeblich beeinflusst hat oder gar steuern könnte. Klimaschutzpolitik ist daher ein Irrweg. Ohne CO2, einem Hauptbestandteil der Photosynthese, gäbe es keine Pflanzen, Tiere oder Menschen...“ „Die Afd lehnt die Pariser Klimavereinbarung ab...“</p>








						
<p>Transformation so zu gestalten, dass am Ende eine gerechte, sichere und selbstbestimmte Arbeits- und Lebenswelt Realität wird.</p>	<p>dass alle an den Zukunftschancen teilhaben können.“</p>	<p>„Wir wollen diesen Transformationsprozess der Leitbranche Automobil zu einem Erfolg für Europa und die Beschäftigten in der Branche machen, indem wir für die Beschäftigten die Qualifizierung fördern, die Branche unterstützen wir bei neuen Geschäftsmodellen, marktfähigen Produktionsketten und Angeboten. Dabei müssen auch strukturpolitische Unterstützung für betroffene Regionen sowie personal- und arbeitsmarktpolitische Instrumente zur Bewältigung die Transformation begleiten und vorausschauende Qualifizierung sie flankieren.“</p>				
<p>Klima Der sozial-ökologische Umbau eröffnet neue Wachstumspotenziale und sichert die langfristige Zukunftsfähigkeit von Beschäftigung. Die IG Metall steht für diese Politik. Als hochentwickelter Industriestandort ist Europa in der Pflicht, Verantwortung in der Klimapolitik zu übernehmen und zu zeigen, wie</p>	<p>„Wir konkretisieren die Ergebnisse der UN-Klimakonferenzen von Paris und Kattowitz und setzen sie Schritt für Schritt um. Wir fordern die globale Bepreisung der Treibhausgasemissionen und deren rasche Umsetzung, notfalls zunächst auf Ebene der G20-Staaten.“ „Für die Wettbewerbsfähigkeit Europas, einen effi-</p>	<p>„Wir stehen zu unserer Verantwortung gegenüber heutigen und künftigen Generationen und setzen uns für eine ambitionierte Klimapolitik und eine europaweite Energiewende ein. Den damit verbundenen Strukturwandel wollen wir im Interesse der Beschäftigten gerecht gestalten. Wir wollen dafür Europas Industrie möglichst klimaneutral und gleichzeitig</p>	<p>„Wir wollen Investitionen in Erneuerbare, Energie- und Ressourceneffizienz fördern, die Arbeitsplätze schaffen und die Kosten für die Verbraucher*innen reduzieren“ „Die letzte Reform des Emissionshandels war viel zu zaghaft. Zusätzlich muss die Anzahl der Zertifikate im Emissionshandel entsprechend dem Pariser Klimaziel weiter reduziert</p>	<p>„Wir können den Klimawandel noch stoppen. Doch mit ihrem bisherigen Klimaziel erfüllt die Europäische Union nicht die Anforderungen, die das Pariser Klimaabkommen vorgibt. Auch das langfristige Ziel der Klimaneutralität bis 2050 ist ohne ehrgeizigere Zwischenschritte nicht zu erreichen.“</p>	<p>„Wir brauchen eine moderne Klimapolitik. Eine Politik, die nicht auf Technikvorgaben und Verbote setzt, sondern den Wettbewerb emissionsarmer Energieträger fördert und in die Kraft neuer Technologien und die Kreativität des Marktes vertraut.“</p>	<p>„Ein breiter Energiemix aus Kohle, Mineralöl, Erdgas, Wasserkraft und Kernkraft ist Voraussetzung zum Erreichen des Zieldreiecks einer Versorgungssicheren, wirtschaftlichen und umweltverträglichen Energiepolitik. Braunkohle ist der</p>

						
<p>wir die Treibhausgasemissionen drastisch reduzieren.</p>	<p>zienten und wirksamen Klimaschutz und die bessere Verbreitung von „grünen Technologien“ muss sich Europa mit Nachdruck für eine international wirksame Bepreisung von Treibhausgasemissionen einsetzen.“</p>	<p>wettbewerbsfähig ausgestalten und die Europäische Energieversorgung CO2-neutral und bezahlbar sicherstellen. Damit setzen wir weltweit neue Standards für Umwelt- und Klimaschutz.“</p>	<p>werden. Nur so entfaltet der CO₂-Preis eine echte Lenkungswirkung.“ „Zeitnah wollen wir dafür sorgen, dass Produkte und nicht deren Produktion dem europäischen CO₂-Mindestpreissystem unterliegen. So würden wir in Deutschland und Europa zukünftig die Entstehung von CO₂ und nicht die Herstellung der Produkte verteuern“. „Wir wollen Investitionen in Erneuerbare, Energie- und Ressourceneffizienz fördern, die Arbeitsplätze schaffen und die Kosten für die Verbraucher*innen reduzieren“</p>			<p>Einzige kostengünstige und langfristig verfügbare inländische Energieträger von Bedeutung. Die „Erneuerbaren Energien“ ...ihre Erträge sind nicht kalkulierbar.“ „Die EU will damit den Umstieg auf die E-Mobilität vorantreiben. Es bedeutet das Aus für die Automobilindustrie in Deutschland...“ „Die Wertschöpfung der deutschen Automobilindustrie durch den Bau hochwertigerer Fahrzeuge geht verloren und damit auch der Industriezweig, der zu einem Großteil zum Wohlstand in Deutschland beiträgt.“</p>
<p>Europäische Industriepolitik Nachhaltiger Wohlstand in Europa setzt leistungsfähige Industrien voraus. Der sozial-ökologische Umbau eröffnet Wachstumspotenziale und sichert langfristig Beschäftigung. Dafür</p>	<p>„Wir wollen Deutschland und Europa zum Kontinent der Mobilität von morgen machen. Unsere starke Automobilindustrie soll die Technologieführerschaft bei der Entwicklung nachhaltiger Mobilitätskonzepte, beim autonomen und</p>	<p>„Eine aktive, strategische und nachhaltige Industriepolitik. Wir wollen mehr gemeinsame industriepolitische Modellprojekte. Das AIRBUS-Konzept gilt uns als Referenz. Ein Schwerpunkt kann die Schaffung</p>	<p>„Wir wollen massiv in Europas Zukunft investieren, vor allem in Klimaschutz, erneuerbare Energien, alternative Verkehrskonzepte und die ökologische Landwirtschaft.“ „Wir wollen die regionale Wirtschaft mit den vor Ort</p>	<p>„Wir brauchen eine koordinierte europäische Industriestrategie, die den Rahmen für Fördermittel der EU-Fonds und Kreditvergabe der Europäischen Investitionsbank einheitlich vorgibt. [...] Eine gemein-</p>	<p>„Wir Freie Demokraten geben marktwirtschaftlichen Mechanismen und Anreizen den Vorrang vor Ge- und Verboten.“ „Wir wollen massiv in Europas Zukunft investieren, vor allem in Klimaschutz,</p>	

						
<p>braucht es aber eine aktive Struktur- und Industriepolitik, die Produktion und Beschäftigung erhält und abgehängte Regionen fördert. Die europäische Industrie muss ressourceneffizienter werden, die Energiewende umsetzen und kluge Mobilitätskonzepte erarbeiten. Die IG Metall fordert für eine langfristig erfolgreiche Krisenbewältigung eine aktive, koordinierte und demokratisch legitimierte Branchen- und Industriepolitik. Bei entsprechenden Initiativen sollen die Institutionen der EU die Gewerkschaften von Anfang an einbeziehen, etwa durch einen festen institutionalisierten Konsultationsprozess.</p>	<p>elektrischen Fahren behalten. Deshalb brauchen wir eigene Kompetenz und Kapazitäten bei der Batteriezellenfertigung. Noch stammt ein Großteil der in Europa verbauten Batteriezellen aus Asien. Das werden wir mit einer eigenen europäischen Batteriezellenproduktion unter Einbeziehung des gesamten Lebenszyklus ändern. Zudem wollen wir auch neue Formen der Mobilität wie einen europäischen Hyperloop vorantreiben.“ „Wir bekennen uns zur Erhaltung und Stärkung der Automobilindustrie als Innovationstreiber und Garant für Wohlstand und wertvolle Arbeitsplätze. Bei der Entwicklung neuer emissionsarmer Antriebsformen plädieren wir für einen technologieoffenen Ansatz, der geeignete Rahmenbedingungen für innovative Forschung setzt. Dazu zählt auch die Entwicklung des sauberen Verbrennungsmotors. Die ideologische Ablehnung des Diesels kommt für uns nicht in Frage.“</p>	<p>einer europäischen Batteriezellfertigung sein und eine neue europäische Kooperation zur Weiterentwicklung der Wasserstofftechnologie zur marktfähigen Produktionsketten. Wir stärken die Investitionen, v.a. in den Bereichen, die einen echten europäischen Mehrwert bringen, etwa im Bereich der Netzwerkindustrien.</p>	<p>agierenden Unternehmen, Wertschöpfungsketten und Produkten stärken“. „Wir wollen die Digitalisierung nutzen, um Ökonomie und Ökologie weiter zusammenzuführen. Sie schafft enorme Chancen für Ökoeffizienz und Kreislaufwirtschaft.“</p>	<p>same europäische Industriepolitik für einen sozial-ökologischen Umbau und für die Förderung strukturschwacher Regionen. Statt öffentlich-privater Partnerschaften wollen wir Kredite in den sozial-ökologischen Umbau lenken.“ „Bis zum Jahr 2040 muss die Energieerzeugung vollständig aus erneuerbaren Quellen und hauptsächlich dezentral organisiert sein.“ „Öffentliches Geld darf nicht mehr in Konzerne investiert werden, die Geschäfte mit fossilen Energieträgern machen.“</p>	<p>erneuerbare Energien, alternative Verkehrskonzepte und die ökologische Landwirtschaft.“ „Wir Freie Demokraten wollen die Energiewende zu einem gesamteuropäischen Projekt machen, in dessen Zentrum die Ziele Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit, Klimaverträglichkeit und gesellschaftliche Akzeptanz stehen“ „Wir wollen Investitionen in Erneuerbare, Energie- und Ressourceneffizienz fördern, die Arbeitsplätze schaffen und die Kosten für die Verbraucher*innen reduzieren“ „Damit die Energiewende europaweit gelingt, braucht es eine Erneuerbare-Energien-Union.“</p>	

						
	<p>„Europäische Champions: Unser Europa passt die EU-Wettbewerbspolitik an die Globalisierung an.“ „In Schlüsselbereichen muss das Entstehen von europäischen Weltmarktführern auch durch bessere Kooperation der Unternehmen untereinander ermöglicht werden. Sie müssen auf dem Weltmarkt bestehen können.“ „Wir finden uns nicht damit ab, dass unter den größten Digitalunternehmen kein europäisches Unternehmen ist. Wir wollen mit strategischer Förderung von Zukunftstechnologien digitale Weltmarktführer der Zukunft entstehen lassen.“ „Wir brauchen eine europäische Digitalplattform für smarte Anwendungen und KI.“</p>					
<p>Strukturpolitik Nachhaltiger Wohlstand in Europa setzt leistungsfähige Industrien voraus. Der sozial-ökologische Umbau eröffnet Wachstumspotenziale und sichert langfristig Beschäftigung. Dafür braucht es aber eine aktive</p>	<p>„Struktur- und Investitionsfonds wollen wir zukünftig noch stärker auf Projekte ausrichten, die die Wettbewerbsfähigkeit steigern und Arbeitsplätze schaffen. Damit sich die Anstrengungen des Strukturwandels auch in den europäischen Beihilferegeln widerspiegeln,</p>	<p>„Die Überlegungen zur Zukunft der Mobilität müssen eingebettet sein in die Entwicklung einer ebenen-, disziplinen- und ressortübergreifenden strategischen Industrie- und Strukturpolitik, die Aspekte der Energiewende, der Innovations-</p>	<p>„Wir treten für ein Europa ein, in dem schwächere Regionen besonders gefördert werden, in dem es lebendige ländliche Räume gibt, die von und mit der Landwirtschaft leben, und Naherholungs-, Industrie- oder Dienstleistungsregionen“</p>	<p>„Linke Industriepolitik heißt, dass Investitionen schwerpunktmäßig in strukturschwachen Regionen (bzw. Regionen mit absehbarem Strukturwandel) gelenkt werden.“ „[...] Das erfordert einen grundlegenden Richtungs-</p>	<p>„Wir [...] wollen eine grundlegende Reform der EU-Kohäsionspolitik, welche den Zusammenhalt zwischen den Regionen und zwischen den EU-Mitgliedstaaten fördern soll. Regionalpolitik nach dem Gießkannenprinzip ist ebenso</p>	

						
<p>Struktur- und Industriepolitik, die Produktion und Beschäftigung erhält und abgehängte Regionen fördert. Mit gestärkten europäischen Strukturfonds treten wir regionalen Disparitäten und sozialer Spaltung wirksam entgegen.</p>	<p>setzen wir uns dafür ein, die europäischen Wettbewerbsregeln für die vom Ausstieg aus der Braunkohle unmittelbar betroffenen Regionen so anzuwenden, dass die Ansiedlung neuer Branchen und die Schaffung von Arbeitsplätzen unterstützt wird. Flexible Regeln für die betroffenen Regionen müssen möglich sein.“</p>	<p>förderung und der regionalen Entwicklung gleichermaßen in den Blick nimmt.“</p>	<p>„Mit den Mitteln der EU-Strukturfonds sollen Kohleausstiegsregionen“ speziell gefördert werden. Neue regionale Wirtschaftsschwerpunkte werden aufgebaut und passgenaue Weiterbildung wird angeboten“</p>	<p>wechsel: von der neoliberalen Ausrichtung und Verfassung der EU zu einer Wirtschaft, die den Menschen dient. Eine in diesem Sinne gestaltete Kohäsionspolitik ist unerlässlich. Sie muss ausgebaut und nicht zurückgefahren werden. Wir kämpfen gegen die Kürzungen der Kohäsionsmittel von acht Prozent – für Deutschland sogar 21 Prozent – die in der Förderperiode 2021 bis 2027 geplant sind.“</p>	<p>fehl am Platze wie eine Politik der Subventionierung alter Wirtschaftssektoren, Industrien und überkommener Geschäftsmodelle.“ „Mit den Mitteln der EU-Strukturfonds sollen Kohleausstiegsregionen“ speziell gefördert werden. Neue regionale Wirtschaftsschwerpunkte werden aufgebaut und passgenaue Weiterbildung wird angeboten“ „Wir wollen die Mittel des Europäischen Sozialfonds gezielter auf wirksame Maßnahmen gegen die Ursachen der Arbeitslosigkeit konzentrieren. Die Ausgestaltung von Arbeitslosenversicherung und Mindestlohn kann nur durch nationale Tarif- und Arbeitsmarktpolitik erfolgen, denn gerade der Arbeitsmarkt ist so abhängig von den unterschiedlichen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen eines Landes, dass eine einheitliche europäische Regelung nicht zielführend wäre.“</p>	
<p>Faire Globalisierung (Schwerpunkt: Handel, Beschaffung – globale Wertschöpfungsketten)</p>	<p>„Freier und fairer Handel: Unser Europa gibt der Globalisierung Regeln. Freihandel und Globalisierung</p>	<p>„Europa muss treibende Kraft sein, die Verflechtung des Welthandels</p>	<p>„Wir stehen für eine Handelspolitik, die die Globalisierung gerecht gestaltet,</p>	<p>„DIE LINKE will mit Abkommen über Partnerschaft und fairen Handel die glo-</p>	<p>„[wir] unterstützen [...] weiterhin den Abschluss bilateraler Handelsabkommen, treten aber für modernere</p>	

						
<p>Die IG Metall fordert Regeln für den internationalen Handel, die Arbeitnehmer- und Verbraucherinteressen schützen und soziale wie ökologische Rahmenbedingungen setzen.⁴ Handelspolitische Instrumente der EU wie die Regulierungsmaßnahmen zum Erhalt der Wertschöpfungsketten, die Überwachung ausländischer Direktinvestitionen und das Handelsschutzinstrumentarium der EU sowie abgestimmte klima- und umweltpolitische Maßnahmen sind unabdingbar für den, der im Welthandel Akteur auf Augenhöhe sein will.</p>	<p>sind Wachstums- und Wohlstandstreiber. Sie eröffnen unseren Unternehmen zusätzliche Absatzmärkte und tragen bei, Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen. Grundlage für freien Handel sind offene Märkte und faire Regeln.“</p>	<p>sozial, ökologisch und transparent zu gestalten. Dazu benötigt es verbindliche Regelungen und eine Stärkung der WTO. Europa soll weltweit ein Beispiel sein für freien und fairen Handel. Wir stellen auch sicher, dass Handelsbeziehungen die lokale Gestaltungsmacht nicht untergraben. Handelsstreitigkeiten müssen vor öffentlichen Gerichten oder internationalen Handelsschiedsgerichten geklärt werden und dürfen nicht in privaten Schiedsgerichten verhandelt werden.“ „Europäische Firmen, die außerhalb der EU produzieren, sollen beim Import ihrer Produkte den Nachweis erbringen, dass sie die Standards der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) eingehalten haben.“ „Ein starkes Europa ist für uns Garant dafür, die europäische und auch die deutsche Industrie gegen unfaire Handelspraktiken zu schützen. Sei es Billig-Stahl aus China oder US-Strafzölle – wir schützen</p>	<p>die in ihren Handelsabkommen verbindlich soziale und ökologische Standards und das Vorsorgeprinzip festschreibt, die kommunale Daseinsvorsorge ausreichend schützt, den Pariser Klimavertrag als wesentlichen Bestandteil verankert und die parlamentarische Mitentscheidung bei der sogenannten regulatorischen Kooperation garantiert. Es ist nicht hinnehmbar, dass es Sonder-schiedsgerichte für Investoren gibt [...]“ „Handel sollte soziale Gerechtigkeit, faire Produktions- und Arbeitsbedingungen und Menschenrechte unterstützen. Menschenrechte und die Arbeitnehmerschutzrechte der Internationalen Arbeitsorganisation, also die ILO-Kernarbeitsnormen, müssen im Handel fest verankert werden, und ihre Verletzung muss einklagbar sein.“</p>	<p>balen Wirtschaftsbeziehungen der Europäischen Union neu ausrichten und die bestehenden Handelsabkommen ersetzen.“ „Wir wollen eine gesetzliche Sorgfaltspflicht für Unternehmen durchsetzen, auf die Einhaltung dieser Norm bei ihren Bestellungen zu achten. In der letzten Legislaturperiode haben wir das im Europaparlament für die sogenannten Konfliktrohstoffe bereits geschafft und wollen es nun auf die Textilbranche und weitere Branchen ausdehnen. Wir konnten auch bereits durchsetzen, dass die EU-Kommission künftig Fälle von Umweltdumping und Sozialdumping bei der Berechnung von Strafzöllen sanktionieren kann.“</p>	<p>und transparentere Freihandelsabkommen ein. Sie sollten starke Kapitel zur nachhaltigen Entwicklung enthalten, die mit den Partnerländern umgesetzt und überwacht werden.“</p>	

⁴ Positionspapier der IG Metall: Fairer Handel weltweit

						
		<p>die heimischen Arbeitsplätze mit effektiven Handelsschutzinstrumenten.“ „Handelsabkommen mit verbindlichen menschenrechtlichen, sozialen und ökologischen Standards.“ „Wir wollen einen EU-Aktionsplan „Menschenwürdige Arbeit in globalen Lieferketten“ (ähnlich wie in Deutschland) [...] Sorgfaltspflichten und verantwortliches Unternehmenshandeln in globalen Lieferketten müssen verbindlich werden.“</p>				